

## Niederschrift

über die 23. Sitzung des Sozialausschusses am 18.09.2019  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	5
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	5
<b>2 Meerbusch hilft - Vorstellung des Jahresberichtes in der Sitzung</b> .....	5
<b>3 Aktueller Sachstand Zuweisung Vorlage: FB2/0340/2019</b> .....	5
<b>4 Konzept Ehrenamt-Forum Vorlage: FB2/0964/2019</b> .....	6
<b>5 Ambulante Pflege in Meerbusch Vorlage: FB2/0341/2019</b> .....	8
<b>6 Wohnen mit Service Vorlage: FB2/0318/2019</b> .....	9
<b>7 Konzept für die Unterbringung von Wohnungslosen Vorlage: FB2/0971/2019</b> .....	9
<b>8 Anträge</b> .....	10
<b>8.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.06.2019: Konzept für Wohnungslose Vorlage: FB2/0269/2019</b> .....	10
<b>8.1.1 Antrag der SPD Fraktion vom 17.09.2019 Konzept für Wohnungslose II Vorlage: FB2/0281/2019</b> .....	11
<b>8.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.06.2019: Wohnprojekt "Wohnen mit Service" Vorlage: FB2/0270/2019</b> .....	11
<b>8.2.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 17.09.2019: Wohnprojekt Wohnen mit Service II Vorlage: FB2/0282/2019</b> .....	11
<b>8.3 Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 16.09.2019: Quartierswohnraum: Wohnraum und Pflegebedarf für ältere Menschen Vorlage: FB2/0280/2019</b> .....	12
<b>9 Anfragen</b> .....	12
<b>9.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.06.2019: Fonds für Demokratie Vorlage: FB2/0137/2019</b> .....	12

9.2	<b>Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.06.2019: öffentliche barrierefreie Toiletten Vorlage: FB2/0138/2019</b> .....	12
10	<b>Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	12
11	<b>Termin der nächsten Sitzung</b> .....	13
12	<b>Verschiedenes</b> .....	13

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Markus Frank Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenklied Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Sachkundige Bürgerin

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

**von der SPD-Fraktion**

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Frau Barbara Büchner Sachkundige Bürgerin Vertretung für Frau Katja Schulz

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

**von der Fraktion UWG/Freie Wähler**

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Marc Becker Ratsmitglied Vertretung für Herrn Gerd Dieter Hünseler

**Beratende Mitglieder**

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

Herr Jürgen Simons

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

**Schriftführerin**

Frau Michaela Kümmel Fachbereich 2

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Bernd Parys

Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow

Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Frau Katja Schulz

Ratsmitglied

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Gerd Dieter Hünseler

Ratsmitglied

**Beratende Mitglieder**

Herr Wilfried Pahlke

Wohlfahrtsverbände

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, die Anwesenden und insbesondere die Gäste von Meerbusch hilft e.V., der Diakonie und der Caritas. Er stellt die fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Außerdem wird die Umstellung der Tagesordnung einstimmig beschlossen.

TOP 8.1 und 8.1.1 werden unter TOP 7 beraten.

TOP 8.2 und 8.2.1 werden unter TOP 6 beraten und schließlich noch

TOP 8.3 ebenfalls unter TOP 6.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen

### **2 Meerbusch hilft - Vorstellung des Jahresberichtes in der Sitzung**

Meerbusch hilft e.V. trägt den Jahresbericht in der Sitzung vor.

Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, dankt für den ausführlichen Vortrag und bittet um Fragen.

Ratsfrau Pricken drückt ebenfalls ihren großen Dank aus und hofft auf weitere gute Ideen und eine weiterhin erfolgreiche Arbeit für Meerbusch hilft.

Ratsfrau Niegeloh bedankt sich ebenfalls und würdigt die besondere Leistung aller Beteiligten. Sie bittet um Erklärung, was mit dem Personalkostenzuschuss in Höhe von 30.000,- € nach dem Ausscheiden des Koordinators passiert sei.

Der Geschäftsführer von Meerbusch hilft e.V., Herr Thorand, führt hierzu aus, dass zum einen ein Zuschuss seitens der Stadt Meerbusch in Höhe von 33.000,- € für Personal- und Sachkosten zur Verfügung stünde, der nicht zweckgebunden sei sowie ein Personalkostenzuschuss in Höhe von 30.000,- € für eine sozialpädagogische Fachkraft. Diese Stelle sei von Meerbusch hilft entsprechend mit Herrn Wilhelmus besetzt worden und dieser kümmere sich um Integration in Arbeit und die Sprachförderung des Klientels. Der Zuschuss sei nie mit der Stelle des Koordinators verknüpft gewesen.

### **3 Aktueller Sachstand Zuweisung Vorlage: FB2/0340/2019**

Der Erste Beigeordnete, Herr Maatz, stellt die Vorlage vor und weist darauf hin, dass die aktuellen Monatszahlen für August 2019 dem Protokoll als Anlage beigefügt werden.

Im Anschluss bittet Herr Focken um Erläuterung der erfolgten Zuweisungen.

Erster Beigeordneter Maatz beantwortet die Frage dahingehend, dass bis jetzt 48 Personen mit Wohnsitzauflage aufgenommen worden seien sowie 24 Personen nach FlÜAG. Neu hinzu kämen in den nächsten Wochen weitere 50 Zuweisungen mit einer Wohnsitzauflage.

Ratsfrau Pricken bittet für die nächste Vorlage um Erfassung, wie lange die Flüchtlinge in den Unterkünften verbleiben, da sie einen Langzeitaufenthalt in einer solchen Einrichtung für problematisch halte.

Erster Beigeordneter Maatz stellt klar, dass eine Ermittlung der Aufenthaltsdauer verwaltungsseitig nicht möglich sei. Außerdem verweist er darauf, dass für die Entscheidung über den Status eines Flüchtlings – und damit auch die Verweildauer in einem Übergangwohnheim – Bundesgesetze und die Entscheidungen des BAMF und der Ausländerbehörde zugrunde lägen, auf die die Verwaltung keinerlei Einfluss habe.

Ratsherr Mocka thematisiert die umfangreichen politischen Veränderungen in Europa und der Welt und den damit verbundenen voraussichtlich neu einsetzenden Flüchtlingsströmen. Er bittet um Auskunft, ob die Verwaltung für diesen Fall genügend Plätze in Übergangwohnheimen vorhalte, damit es nicht zu Situationen wie im Jahre 2015 käme.

Erster Beigeordneter Maatz sieht aktuell keine Veränderung in den Zuweisungszahlen. Er gehe davon aus, dass gegebenenfalls eine rechtzeitige Information über steigende Zuweisungszahlen durch die Bezirksregierung erfolge. Sodann würden entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten seitens der Verwaltung geschaffen.

Ratsfrau Niegeloh äußert ihre Bedenken, dass im Jahre 2020 zu wenige Unterbringungsplätze vorhanden seien, wenn - wie vorgesehen - das Übergangwohnheim auf der Fröbelstraße aufgelöst würde. Sie sähe jetzt schon dringenden Handlungsbedarf, auch im Rahmen der Haushaltsplanung, zur sinnvollen Schaffung einer Unterbringungsalternative.

Der Erste Beigeordnete, Herr Maatz, bewertet die Situation anders und unterstellt ein gleichbleibendes Zuweisungsniveau. Unter diesen angenommenen Voraussetzungen sei der Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten ausreichend gedeckt. Ein Handlungsbedarf seitens der Verwaltung ergäbe sich erst bei steigenden Zuweisungszahlen.

Der Fachbereichsleiter, Herr Annacker, ergänzt hierzu, dass aktuell mehrheitlich Zuweisungen mit Wohnsitzauflage erfolgten, die eigentlich nicht dauerhaft in Übergangwohnheimen untergebracht werden sollten. In Verbindung mit der Arbeit von Frau Mertens sowie der Wohnungsnothilfe der Caritas und auch Meerbusch hilft e.V. werde alles daran gesetzt, die Betroffenen zügig in eigenen Wohnraum zu überführen. Damit würden auch immer wieder Räumlichkeiten in den Wohnheimen frei.

Ratsherr Bertholdt weist nochmals auf die Situation im Jahr 2015 hin und betont, dass es dringend geboten sei, eine Wiederholung zu verhindern. Dafür hält er es für angezeigt, seitens der Verwaltung zum einen ein „Worst-Case-Szenario“ zu erarbeiten und gleichzeitig das Gespräch mit dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften zu suchen, um entsprechende Freiflächen für den Bau eines weiteren Übergangwohnheimes vorzuhalten.

Ratsherr Fliege unterstützt diese Aussage und setzt sich für ein klares Signal an den Ausschuss für Planung und Liegenschaften seitens des Sozialausschusses diesbezüglich ein.

#### **4 Konzept Ehrenamt-Forum Vorlage: FB2/0964/2019**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die konzeptionelle Neuausrichtung des Ehrenamt-Forums wird zunächst nicht weiterverfolgt.

Der Ausschussvorsitzende lässt darüber abstimmen, ob das Ehrenamt-Forum weitergeführt werden soll.

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	6		6	
SPD	3	3		
FDP	2		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
UWG/Freie Wähler	1		1	
DIE LINKE/Piraten	0			
<b>Gesamt:</b>	<b>14</b>	<b>5</b>	<b>9</b>	<b>0</b>

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, bedauert, dass die Diakonie ihre Arbeit für das Ehrenamt-Forum einstelle.

Im Folgenden stellt der Fachbereichsleiter, Herr Annacker, die Vorlage vor und verweist nochmals explizit auf die verschiedenen Stellen, die mittlerweile als Anlaufpunkte für Ehrenamtler zur Verfügung stünden.

Ratsfrau Niegeloh bedauert die Entscheidung der Diakonie ebenfalls und hält weiterhin eine gesamtkoordinierende Stelle für die Organisation des Ehrenamtes für erforderlich. Da die Bindung für die Erstellung eines neuen Konzeptes jetzt nicht mehr an die Diakonie geknüpft sei, möchte sie den Antrag stellen, dass der Ausschussvorsitzende den Beiratsvorsitzenden des Ehrenamt-Forums auffordern solle, den Beirat erneut einzuberufen, um nach einer neuen Lösung zur Weiterführung des Ehrenamt-Forums zu suchen.

Ratsherr Mocka hält ebenfalls eine gesamtkoordinierende Stelle für erforderlich, wogegen Ratsfrau Pricken das bestehende Angebot für ausreichend hält. Diese Ansicht unterstützt Ratsherr Berthold.

Ratsherr Fliege betont, dass der Verwaltungsvorschlag nur aussage, dass „die Neuausrichtung **zunächst** nicht weiter verfolgt werde“. Das hieße seiner Meinung nach nicht, dass dies endgültig sei.

Ratsfrau Niegeloh verleiht ihrer Sorge, dass das Ehrenamt-Forum untergehe, wenn es jetzt nicht erhalten werde, nochmals deutlich Ausdruck.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über den SPD-Antrag, dass der Sozialausschuss den Ausschussvorsitzenden bitten solle, den Beiratsvorsitzenden des Ehrenamt-Forums zu bitten, den Beirat des Ehrenamt-Forums erneut einzuberufen, um nach einer alternativen Lösung zur Weiterführung des Ehrenamt-Forums zu suchen.

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	6	1	5	
SPD	3	3		
FDP	2		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
UWG/Freie Wähler	1		1	
DIE LINKE/Piraten	0			
<b>Gesamt:</b>	<b>14</b>	<b>6</b>	<b>8</b>	<b>0</b>

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung über die Vorlage.

## **5 Ambulante Pflege in Meerbusch**

### **Vorlage: FB2/0341/2019**

Der Erste Beigeordnete, Herr Maatz, beginnt seine Ausführungen mit dem demografischen Hinweis, dass Meerbusch die Besonderheit aufweise, dass 1/3 der Bevölkerung zu- bzw. weggezogen sei. Dies sei eine große Fluktuation für eine Stadt mit der Größe Meerbuschs. Gleichzeitig würde die Bevölkerung immer älter werden. Im Folgenden stellt er die Vorlage vor und weist auf die dort benannte Seniorenbefragung hin.

Ratsherr Mocka verweist auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sozialausschuss vom 29.11.2018. Er sähe weiterhin die Notwendigkeit der Schaffung einer Stelle für Quartiersarbeit. Dies sei dringend erforderlich, um der Vereinsamung von älteren Menschen vorzubeugen und einfache Hilfstätigkeiten für die Älteren über Ehrenamtler zu organisieren.

Frau Homuth-Kenkliès äußert Unverständnis über die Frage zu den Grünphasen im Fragebogen der Seniorenbefragung. Sie halte die Frage nach ausreichenden Sitzmöglichkeiten im Stadtgebiet für sinnvoller.

Die sachkundige Bürgerin Frau Büchner verweist darauf, dass solche Anmerkungen unter der Rubrik „Was ich noch zu sagen hätte“ eingefügt werden könnten.

Der Behindertenbeauftragte, Herr Simons, hält eine Frage nach der Nutzung eines Rollators oder Rollstuhles unter der Rubrik Mobilität für sinnvoll. Möglicherweise sei es ebenfalls sinnvoll, den Grad der Behinderung zu erfragen.

Ratsfrau Niegeloh reicht einen Katalog mit Änderungswünschen zum Fragebogen bei der Verwaltung ein.

Ratsherr Bertholdt äußert ebenfalls diverse Änderungswünsche am Fragebogen. Er regt an, den Fragebogen in den einzelnen Fraktionen besprechen zu lassen und die Befragung zu verschieben. Außerdem weist er darauf hin, dass keinerlei Umsetzungen der Ergebnisse der ersten Seniorenbefragung erfolgt seien.

Ratsfrau Pricken hält eine Verschiebung für nicht sinnvoll und regt an, dass mögliche Änderungswünsche direkt an die Verwaltung gegeben werden sollten.

Erster Beigeordneter Maatz weist darauf hin, dass es sich bei der Seniorenbefragung um ein laufendes Geschäft der Verwaltung handle und somit kein politischer Beschluss erforderlich sei. Die aus der Befragung gewonnenen Informationen sollen der Stadtentwicklung helfen und der Schaffung von neuen Angeboten dienen.

Der Fachbereichsleiter, Herr Annacker, weist darauf hin, dass die erste Seniorenbefragung unter wissenschaftlicher Begleitung der Universität Düsseldorf erfolgte und der jetzige Fragebogen an den damaligen angelehnt sei. Es gehe um die Erfassung von Bedürfnissen der älteren Generation sowie um die Erhebung struktureller Aussagen. So sei zum Beispiel die Feststellung des „Wohlfühlfaktors“ nicht unerheblich. In der Konsequenz sollen als Ergebnis der Befragung entsprechende Angebote geschaffen werden.

Ratsfrau Niegeloh und Ratsherr Bertholdt sind für eine 14-tägige Nachmeldefrist für mögliche Änderungswünsche zum Fragebogen. Die Verwaltung stimmt dem zu.

Im Anschluss beauftragt der Ausschuss einstimmig die Verwaltung nunmehr die Möglichkeiten einer gelingenden Quartiersarbeit auszuloten, zu beschreiben und dabei die künftige städtebauliche Entwicklung zu berücksichtigen.

## 6 Wohnen mit Service Vorlage: FB2/0318/2019

Ratsherr Bertholdt lobt die sehr gute Vorlage und resümiert, dass Wohnen mit Service sehr teuer sei.

Ratsherr Mocka erläutert nochmals den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 16.09.2019 und betont, dass es dringend geboten sei, weg von der Einfamilienhaus-Bebauung hin zu Quartieren zu kommen. Die Stadt Neuss würde hierfür ein gutes Beispiel geben. Ratsherr Fliege betont nochmals, dass es mit diesem Antrag um ein klares Signal an den Bau- und Planungsausschuss gehe.

Auch Ratsfrau Niegeloh unterstreicht den dringenden Bedarf an bezahlbarem Wohnen mit Service. Es müssten dringend preisgünstige Angebote geschaffen werden. Um dies zu ermöglichen, sieht Ratsherr Bertholdt Verwaltung und Politik in der Pflicht, Grundstücke preisgünstig für solche Projekte abzugeben. Er verweist hier auf ein Projekt der GWG und regt an, diese zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, um das Projekt vorzustellen.

Ratsherr Mocka weist nochmals auf die dringende Notwendigkeit zur Schaffung von Quartieren mit Quartiersarbeit hin.

In der Zeit von 19:30 Uhr bis 19:40 Uhr wird auf Wunsch von Ratsfrau Pricken die Sitzung unterbrochen, um die Beschlussfähigkeit des Ausschusses zu prüfen. Es wird festgestellt, dass Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über die unter diesen TOP vorgezogenen Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion.

## 7 Konzept für die Unterbringung von Wohnungslosen Vorlage: FB2/0971/2019

### **Beschlussvorschlag:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften die Planung einer neuen städtischen Notunterkunft für Wohnungslose.

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	4	4		
SPD	3	3		
FDP	1	1		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
UWG/Freie Wähler	1			1
DIE LINKE/Piraten	1	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>12</b>	<b>11</b>	<b>0</b>	<b>1</b>

Ratsfrau Niegeloh bemängelt, dass es sich ihrer Meinung nach bei der Vorlage nicht um ein Konzept handle. Sie möchte konkrete Vorstellungen und Maßnahmen der Verwaltung zur Beseitigung von Wohnungslosigkeit.

Der Erste Beigeordnete, Herr Maatz, erläutert, dass die Stadt vielfältige Aufgaben habe und nur ein Teil davon die Betreuung von Wohnungslosen sei. Diese könnten auch in Schlichtwohnungen unter-

gebracht werden. Das hier Vorgelegte sei das entsprechende Konzept der Stadt hierzu. Unter anderem verweist er auf die Verweildauer der Bewohner in der Notunterkunft und betont, dass es oftmals Gründe für eine lange Verweildauer gäbe, die in der Person des Betroffenen selbst lägen. Diese Form der Unterbringung sei dann der Bedarf der Betroffenen.

Ratsherr Bertholdt unterstützt dies und weist darauf hin, dass gerade die Personen mit langer Verweildauer die Wohnsituation ja augenscheinlich akzeptierten. Er halte den gemachten Vorschlag für gut.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, vertritt die Ansicht, dass die Notunterkunft Strümper Straße dringend weg müsse. Allerdings sähe er auch die Notwendigkeit von mehr flankierenden Maßnahmen für die Betroffenen. Außerdem halte er einen Teil der Bewohner aktuell für nicht vermittelbar in regulären Wohnraum.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über den unter diesen TOP vorgezogenen Antrag der SPD-Fraktion.

Sodann erfolgt die Abstimmung über die Vorlage.

## 8 Anträge

### 8.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.06.2019: Konzept für Wohnungslose Vorlage: FB2/0269/2019

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Planung und den Bau von Wohneinheiten zur Unterbringung von Wohnungslosen in Meerbusch zu erarbeiten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	4		4	
SPD	3	3		
FDP	1			1
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
UWG/Freie Wähler	1			1
DIE LINKE/Piraten	1	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>12</b>	<b>6</b>	<b>4</b>	<b>2</b>

siehe TOP 7

**8.1.1 Antrag der SPD Fraktion vom 17.09.2019 Konzept für Wohnungslose II**  
**Vorlage: FB2/0281/2019**

**Beschluss:**

Antrag den Antrag „Konzept Wohnungslose“ gemeinsam mit dem TOP 7 zu beraten und in die Beschlussvorlage einzubeziehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig angenommen

**8.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.06.2019: Wohnprojekt "Wohnen mit Service"**  
**Vorlage: FB2/0270/2019**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Einrichtung eines Wohnprojektes „Wohnen mit Service“ Verhandlungen mit geeigneten Investoren und möglichen Betreibern aufzunehmen. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, ein geeignetes städtisches Grundstück für diese Maßnahme zu erwerben.

**Abstimmungsergebnis:**

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	5		5	
SPD	3	3		
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
UWG/Freie Wähler	1			1
DIE LINKE/Piraten	0			
<b>Gesamt:</b>	<b>13</b>	<b>7</b>	<b>5</b>	<b>1</b>

siehe TOP 6

**8.2.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 17.09.2019: Wohnprojekt Wohnen mit Service II**  
**Vorlage: FB2/0282/2019**

**Beschluss:**

Antrag den Antrag „Wohnen mit Service“ gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 5 und 6 zu beraten und in die Beschlussvorlage einzuarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

**8.3 Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 16.09.2019: Quartierswohnraum: Wohnraum und Pflegebedarf für ältere Menschen  
Vorlage: FB2/0280/2019**

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss bittet den Ausschuss für Planung und Liegenschaften in seiner Sitzung am 01.10.2019 zu beschließen, dass Bauvorhaben in der Nähe von Ortszentren bevorzugt bzw. vorrangig für die Schaffung von Wohnungen für ältere Menschen vorzusehen sind.

Dabei sind neben den baulichen Grundlagen (kleine, barrierefreie, kostengünstige Wohnungen) auch Projekte für die Pflege im Quartier vorzusehen, entsprechend der Informationsvorlagen zu TOP 5 und 6 des Sozialausschusses.

**Abstimmungsergebnis:**

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	5		5	
SPD	3	3		
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2	2		
UWG/Freie Wähler	1	1		
DIE LINKE/Piraten	1	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>14</b>	<b>9</b>	<b>5</b>	<b>0</b>

siehe TOP 5 und 6

**9 Anfragen**

**9.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.06.2019: Fonds für Demokratie  
Vorlage: FB2/0137/2019**

Antwort ist dem Protokoll beigelegt.

**9.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.06.2019: öffentliche barrierefreie Toiletten  
Vorlage: FB2/0138/2019**

Antwort ist dem Protokoll beigelegt.

**10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, weist hier auf die interkulturelle Woche vom 22.09. bis 28.09.2019 und ihre einzelnen Termine hin. Er bittet um rege Teilnahme aus dem Ausschuss.

## **11 Termin der nächsten Sitzung**

Der Termin der nächsten Sitzung ist am Donnerstag, den 05.12.2019.

## **12 Verschiedenes**

Ratsherr Bertholdt bittet ins Protokoll aufzunehmen, dass die sachkundige Bürgerin Frau Büchner die Sitzung nur früher verlassen habe, weil es auf der Strecke zwischen Haus Meer und Strümp keinen beleuchteten Radweg gäbe und sie nicht im Dunkeln mit dem Fahrrad nach Hause fahren wolle.

Ratsherr Mocka verweist noch auf ein Projekt in Düsseldorf-Garath für Langzeitarbeitslose, das gegebenenfalls auch für Meerbusch interessant sein könne.

Meerbusch, den 26. September 2019

---

Hans Günter Focken  
Ausschussvorsitzender

---

Michaela Kümmel  
Schriftführer/in